

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

10 (11.1.1891)

Beilage zu Nr. 10 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 11. Januar 1891.

Wochen-Rundschau.

Die heute abschließende Woche hat dem deutschen Volke einen ersten Erinnerungstag gebracht: den ersten Jahrestag des Hinscheidens der Kaiserin Augusta. Am Mittwoch, dem Sterbetage der hochseligen Kaiserin, vereinigten sich Seine Majestät der Kaiser und die Mitglieder des königlichen Hauses mit einer Anzahl hochgestellter Personen, insbesondere solcher, die dem entschlafenen Kaiserpaare nahe gestanden hatten, zu einer Gedächtnisfeier im Mausoleum zu Charlottenburg. Es war der Wunsch Ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin gewesen, zur Teilnahme an dieser Feier nach Berlin zu reisen; da der Großherzog aber durch den noch immer anhaltenden Katarth an der Ausführung dieser Absicht verhindert war, so begab sich die Großherzogin am Dienstag allein nach Berlin, von wo aus Höchstselbst sich vor ihrer Rückkehr nach Karlsruhe zu einem kürzeren Besuche nach Schwerin begibt.

Die politische Situation stand in dieser Woche noch im Zeichen der Stille und Ereignislosigkeit, welche das charakteristische Merkmal der Jahreswende bildet. Die parlamentarischen Körperschaften nehmen erst nach und nach ihre Tätigkeit wieder auf. Vom Bundesrat wurde am Donnerstag eine Plenarsitzung abgehalten, in welcher der Gesetzentwurf betreffs der Umwandlung der Bismarck'schen Schutztruppe in eine kaiserliche Truppe die Genehmigung erhielt. Am demselben Tag trat die Kommission des Reichstags für das Patentgesetz und das preussische Abgeordnetenhaus zusammen. Das letztere überwies in dieser Sitzung den Gesetzentwurf betreffs der Wildschäden an eine Kommission. Da es für den Fortgang der Arbeiten im preussischen Abgeordnetenhaus vor allem nötig ist, daß die Kommissionen für die großen Reformgesetze einige Tage zu ihrer abschließlichen Verfügung behalten, so fanden in dieser Woche keine weiteren Plenarsitzungen statt; die nächste Sitzung ist am Montag und in derselben wird der Staatshaushaltsplan eingebracht werden.

Am Donnerstag wurde ferner im Bochumer Reichstagswahlkreise die Stichwahl vorgenommen. Nach der Wahl vom 29. Dezember waren der freisinnige und der sozialdemokratische Kandidat aus dem Wahlkampfe ausgeschieden und es standen sich vorgestern der national-liberale Fabrikbesitzer Willensiefen und der zur Centrumpartei gehörige Bürgermeister Battmann gegenüber. Der Ausgang der Wahl war in keiner Weise vorherzusehen, da bei dem ersten Wahlgange die Differenz zwischen den Stimmenzahlen des national-liberalen und des Centrums-kandidaten nur gegen 800 betragen hatte und diese Differenz leicht durch einen Theil der sozialdemokratischen Stimmen ausgeglichen werden konnte, zumal der Centrums-kandidat den Arbeiterführern schriftliche Zugeständnisse gemacht hatte. Der national-liberale Kandidat behauptete jedoch auch in der Stichwahl den Vorsprung, den er am 29. Dezember gehabt hatte, und vereinigte die Stimmenmehrheit auf sich. Der Wahlkreis ist damit der Centrumpartei verloren gegangen und wieder in den Besitz der National-liberalen übergegangen, die das Mandat vor der Wahl vom 20. Februar v. J. inne gehabt hatten.

In Wien werden die Verhandlungen der deutschen, der österreichischen und ungarischen Bevollmächtigten für die Herbeiführung eines neuen Handelsvertrages erst am 12. Januar wieder aufgenommen werden. Sie sollten ursprünglich schon am 8. Januar wieder beginnen, mußten aber um einige Tage verschoben werden, da vorher die österreichisch-ungarische Zollkonferenz noch über einige für die Fortsetzung der Verhandlungen wichtige Fragen berathen und Beschluß fassen sollte. In Berlin haben unter dem Vorstehe des Staatssekretärs v. Voelticher Verhandlungen der deutschen Delegirten stattgefunden. Daß auf beiden Seiten das eifrigste Bestreben vorhanden ist, die schwierige Angelegenheit nicht nur zu einem positiven Ergebnisse, sondern auch zu einem solchen befriedigendster Natur zu führen, geht aus einer Reihe von Thatsachen in unzweideutiger Weise hervor. Bei so vielem guten Willen mußten die bisher geführten Verhandlungen zu einem Stande gelangen, der die Hoffnung auf ein zufriedenstellendes Ende derselben berechtigt erscheinen läßt, was übrigens auch der ungarische Ministerpräsident bei seinem Neujahrsgrüße zum Ausdruck brachte.

Italienische Blätter kündigen eine Interpellation des irredentistischen Abgeordneten Imbriani wegen der Verhaftung des französischen Journalisten Grégoire, des Gehilfen Labruyère's bei der Flucht Pablenwski's, an. Grégoire hat sich aber freiwillig dem französischen Konsul in Palermo gestellt. Das Verhalten der italienischen Regierung wurde dadurch begründet, daß Grégoire in Palermo eine anarchistische Bewegung einzuleiten versucht hatte, weshalb dann auch der französische Journalist bis zur Grenze geleitet wurde. Diese Antwort wird jedenfalls dem irredentistischen Abgeordneten Imbriani ertheilt werden, falls er die ihm zugeschriebene Absicht verwirklichen sollte.

Am Sonntag wurden in Frankreich die Erneuerungswahlen zum Senat vollzogen. Die Senatswahlen ergaben ein Resultat, welches die Hoffnungen der Republikaner rechtfertigte. Es sind in 32 Departements im Ganzen 75 Republikaner und 6 Mitglieder der

Rechten gewählt. Die Republikaner haben 10 Siege gewonnen. Ministerpräsident Freycinet erhielt im Seinedepartement 579 von 665 abgegebenen Stimmen. Zu Kollegen in der Vertretung des hauptstädtischen Bezirks im Senate erhält der Ministerpräsident die Herren Tolain, Lefevre und Ranc. Jules Ferry ist im Vogesendepartement mit 723 von 997 abgegebenen Stimmen gewählt. In ihm und Ranc nimmt der Senat zwei der bedeutendsten politischen Persönlichkeiten Frankreichs auf. Die Mehrheit, mit der Ferry zum Senator gewählt wurde, ist besonders bemerkenswerth. Der vollständige Niedergang des Boulangismus wird durch diesen Vorgang illustriert. Ein Staatsmann von Range Ferry's mußte seiner Zeit bei der Deputirtenwahl in demselben Departement einem unbedeutenden boulangistischen Mitbewerber das Feld räumen. Freilich ist das Wahlsystem bei den Deputirtenwahlen von demjenigen für den Senat verschieden, da dort das allgemeine Stimmrecht, hier dagegen eine aus den Deputirten des Departements, den Mitgliedern der General- und Arrondissementräthe, sowie den Delegirten der Gemeinderäthe gebildete Wahlkörperchaft in Aktion tritt.

Die spanischen Corteswahlen sind für die Kammer auf den 1. und für den Senat auf den 15. Februar anberaumt und die Wahlbewegung ist bereits im vollen Gange. Aus allen Lagern ist die Parole ausgegeben und die Centralcomités sorgen für die Verbindung mit den Provinzen. Wie französischen Blättern aus Madrid gemeldet wird, haben Sagasta und Castelar am Montag eine Konferenz gehalten, deren Resultat dem Vernehmen nach ist, daß die Liberalen im Wahlkampf mit der Castelar'schen Fraktion, den sogenannten Possibilisten oder Ordnungrepublikanern, zusammengehen werden; dagegen sollen die übrigen Republikaner, die Centralisten unter Zorilla und die Föderalisten unter Salmeron, entschieden bekämpft werden. Im Liberalen Klub hielt Sagasta eine Rede gegen Canovas, indem er denselben der unerlaubten Wahlbeeinflussung beschuldigte. Den Grund zu dieser Anschuldigung bot das Verhalten der Regierung in dem Streit mit der Junta. Die Karlisten sind in den Nordprovinzen und in Catalonien rührig, und auch die Sozialisten, welche bis jetzt zwei Kammeritze inne hatten, rüsten sich zum Kampfe. Die „Epoca“, das Organ der Regierungskonservativen, stellt ihrer Partei von den 432 Kammermandaten etwa 278 in Aussicht. Solche Berechnungen sind allerdings von sehr zweifelhaftem Werthe.

Aus Lissabon ist der erste Theil der Schutztruppen für Mozambique unter der Führung des Obersten Aguevedo Coutinho abgegangen, die zweite Abtheilung folgt Anfang Februar. Bei einem Bankett zu Ehren des Expeditionscorps hob der König in einem Toast hervor, die Expedition ziehe nicht aus nach neuen Reichthümern und Eroberungen, sondern wolle ihren überseeischen Landsleuten helfen, für Portugal Theile des Vaterlandes zu erhalten, die schon manches Opfer und manches Blut gekostet hätten. Englischen Blättern wurde übrigens aus Lissabon gemeldet, daß die Unterhandlungen zwischen Portugal und England in Betreff der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Afrika weit vorgerückt und auf dem Wege zu einer befriedigenden Lösung seien. Die Grundzüge des Vertrages würden vor der Unterzeichnung den Cortes vorgelegt werden. Theilweise im Gegensatz zu dieser Meldung bezeugte das Lissaboner Journal „Opinio“ jedoch als wahrscheinlich, daß die Cortes aufgelöst werden würden, damit sich bei den Neuwahlen eine Majorität für die gegenwärtige Regierung bilden könne. Die Nachricht des Lissaboner Blattes ist jedoch bis jetzt nicht bestätigt und hat mancherlei gegen sich.

Die auf französischem Boden geführten Konferenzen zwischen den irischen Abgeordneten Parnell und O'Brien wurden in dieser Woche fortgesetzt. Sie sollen zu einem vorläufigen Abschluß geziehen sein, über den jedoch in der Presse noch nichts Zuverlässiges verlautet, da die zwischen Parnell und O'Brien getroffenen Vereinbarungen noch der Zustimmung Mac Carthy's, des Führers der irischen Secessionistengruppe, bedürfen. Ein Aufruf des Vicekönigs von Irland, Lord Retland, und des Obersekretärs Balfour forderte zur Veranstaltung von Sammlungen zum Besten der Nothleidenden in Irland auf. Die englische Presse findet es im Allgemeinen für eine Regierung nicht gut, zu solchen Beiträgen aufzufordern, da dies menschenfreundlichen Privatpersonen überlassen werden sollte, doch wird die Sache mit den besonderen Verhältnissen Irlands begründet und billiger hervorgehoben, daß der Aufruf sorgfältig jedes Eingehen auf die Ursachen der Noth und alle Vorschläge zu ihrer dauernden Beseitigung vermeide. Die anhaltende Kälte hat den Nothstand in den von der Missernte heimgesuchten Gegenden Irlands verschärft. — Der Streit der Eisenbahnbediensteten in Schottland dauert fort und es ist wiederholt zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei gekommen, auch wurden mehrere Verjüchte gemacht, Eisenbahnzüge zum Entgleisen zu bringen, doch scheiterte dieses verbrecherische Vorhaben glücklicherweise.

Ein Mitglied der russischen Kaiserfamilie, der Herzog Nikolaus von Leuchtenberg, ist in Paris verstorben. Seine feierliche Beisetzung erfolgt am heutigen Tage. Durch den Tod des Herzogs ist auch die Familie Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden

in Trauer versetzt worden, da der Verewigte der Bruder Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm war. Der Prinz und die Prinzessin weilten am Sterbebette ihres hohen Verwandten.

Zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika schwebt seit einiger Zeit ein Streit in Bezug auf das Behrings-See, der in dieser Woche zu lebhaften Erörterungen in der englischen Presse führte, da eine Privatmeldung aus Washington von einer angeblich beabsichtigten Zusammenziehung eines amerikanischen Geschwaders sprach. Es handelt sich um die Frage, ob andere als amerikanische Staatsbürger das Recht haben, im Behrings-See Robben zu fangen, oder ob dasselbe als „geschlossenes Meer“ zu betrachten ist. Als noch Rußland im Besitze des Uferlandes Alaska war und diesen Grundbesitz einst aufstellte, wurde er von den Amerikanern bestritten, und Rußland gab seine Anshawung in Verträgen mit den Vereinigten Staaten und England ausdrücklich auf. Seither ist Alaska kaufweise für 7 1/2 Millionen Dollars von der Republik erworben worden, die das Monopol des Robbenfanges an eine amerikanische Gesellschaft für zwanzig Jahre verpachtete. Mit der Zeit tauchten aber Robbenfänger auch aus Britisch-Nordamerika auf, welche keinen Pacht zu zahlen hatten und daher für die Gesellschaft unangenehme Konkurrenten waren. Amerikanische Regierungsschiffe nahmen die englischen Schiffe weg und schädigten die englischen Unterthanen insgesammt um eine halbe Million Dollars. Die diplomatischen Verhandlungen darüber verliefen fruchtlos, bis Lord Salisbury dieselben energisch in die Hand nahm und den Amerikanern soweit entgegenkam, ein Schiedsgericht über die Frage vorzuschlagen. Staatssekretär Blaine antwortete mit dem Hinweis, daß Salisbury gewisse Zusätze aus dem Kaufvertrage in Betreff Alaska's verschweige; aus denselben gehe hervor, daß Amerika schon vorher dort ein Alleinrecht besessen hätte. Ueberwiegend ist man der Ansicht, daß die amerikanische Regierung schließlich den Vorschlag wegen eines Schiedsgerichts annehmen werde, da sie bei einer Verschärfung des Konflikts die öffentliche Meinung nicht auf ihrer Seite haben würde.

Großherzogthum Baden.

8* Pforzheim, 9. Jan. (Neujahrsgrüßwunschk-Entbeugungsarten. — Singergesellschaft.) Beim letzten Jahreswechsel sind hier über 800 Neujahrsgrüßwunschk-Entbeugungsarten gelöst worden. Der Ertrag, der für den „Städtischen Hilfsverein“ bestimmt war, ist darum sehr reichlich ausgefallen, da durchschnittlich wohl mindestens 2 bis 3 M. für eine Karte entrichtet wurden. — Am letzten Sonntag hat die hiesige, aus dem Jahre 1801 datirende „Singergesellschaft“ ihre Jahresfeier in üblicher gemüthlicher und Wohlthaten spendender Weise begangen. Die Mitgliederzahl betrug im letzten Jahre 627. Bekanntlich wurde die Gesellschaft gegründet, um während der in der angeführten Zeit herrschenden Pest — dem sogenannten schwarzen Tod — den Kranken und Gestorbenen die letzten Liebesdienste zu erweisen. Bei der Zuweisung von Unterhaltungen wurden 31 Personen mit größeren und geringeren Gaben bedacht.

7* Aus dem Amte Neustadt, 9. Jan. (Witterung. — Gesundheitsverhältnisse. — Rostkurs. — Invalidenversicherung. — Gefelliges Leben. — Industrie.) Seit 6 Wochen erfreuen wir uns hier oben des herrlichsten Winterwetters. Nachdem im Beginn der letzten Novemberwoche der erste Schnee gefallen war, trat ein härterer Frost bei meist klarer und stiller Luft ein und hielt bis jetzt ununterbrochen an. Die Temperatur bewegt sich Nachts zwischen 8-12° R. unter Null; bei Tag vermindert sich die Kälte meist bis auf -2-3° und in der Sonne haben wir nicht selten mehrere Grad Wärme. Vereinzelt Tage haben auch schon härteren Frost mit -15-20° R. gebracht. Infolge wiederholter Schneefälle haben wir jetzt prächtige Schlittenbahn und es gehört mit zu den schönsten Naturgenüssen, durch die schneebedeckte, im Sonnenschein glitzernde Landschaft, über der sich der Himmel im reinen Blau wölbt, dahinzufahren, oder durch die weißbehangenen Tannenwälder zu einem Aussichtspunkt emporzusteigen und daselbst den Anblick der Alpen in einer Ausdehnung und Klarheit zu genießen, wie sie im Sommer selten zu treffen ist. — Das gesunde Wetter ist auch von günstigem Einfluß auf das Befinden der Menschen; der Krankenstand ist ein sehr geringer, was im Gegensatz zum vorigen Jahr, wo die leidige Influenza fast kein Haus verschonte, allseits dankbar empfunden wird. — Der Frauenverein Neustadt, dessen Thätigkeit sich bis vor einigen Monaten auf den Betrieb einer Kleinkinderbewahranstalt beschränkte, hat Ende Oktober vor. J. erstmals einen Wanderkonkurs eingerichtet und damit in jeder Beziehung ein günstiges Ergebnis erzielt. Das Unternehmen erweckte allseitiges Interesse und die Anmeldungen liefen so zahlreich ein, daß an den ersten Kurs, der Anfang Dezember sein Ende erreichte, sofort ein zweiter angeschlossen werden konnte und eine Anzahl weiterer Anmeldungen für den nächsten Herbst zurückgestellt werden mußten. Die Einnahme des ersten Kursets reichten zur Deckung der Ausgaben vollständig hin. Das Vorgehen des Frauenvereins zu Neustadt und der allseits, insbesondere von den Schülern und deren Eltern bestätigte gute Erfolg hat nun auch den Frauenverein in Lenglich veranlaßt, der Sache näher zu treten, und wie wir hören, ist beabsichtigt, auch dort im Laufe dieses Jahres einen Rostkurs zu veranstalten, was im Hinblick auf die zahlreiche Fabrikbevölkerung nur mit Freuden begrüßt werden kann. — Die Invaliditäts- und Altersversicherung hat nunmehr, nachdem das Gesetz in Kraft getreten ist, auch die Kreise der Versicherten und der Arbeitgeber auf das Lebhafteste zu interessieren begonnen und die Gemeindebehörden können neben den sonstigen mit dem Vollzug des Inval. u. A. V. G. verbundenen Geschäften die einlaufenden Gesuche um Ausstellung von Arbeitsbescheinigungen für die letzten 5 Jahre nur mit Auf-

